

Neue Fähigkeiten zur Zivilen Konfliktbearbeitung

Wer Gewalt und Kriege verhindern und eindämmen will, braucht neben dem Willen auch die Fähigkeiten dazu. Daran mangelt es immer wieder. Auf Initiative der Grünen nahm sich die rot-grüne Koalition vor, eine „Infrastruktur für Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung“ aufzubauen.

Das Auswärtige Amt (AA) und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) begannen sofort mit Umsetzungsschritten.

Friedensmissionen vorbereitet werden. Inzwischen wurden die Kurse international geöffnet. Der Pool für ziviles Friedenspersonal umfasst bisher mehr als 700 Personen und

Internationale Ebene

Die nationalen Maßnahmen würden wirkungslos versickern, wenn sie nicht mit entsprechenden Bemühun-

Bewaffnete Konflikte heute werden überwiegend mit Kleinwaffen übertragen. Kriegsherren, Gewaltunternehmer mit Verbindungen in die globale kriminelle Ökonomie, werden zu zentralen Akteuren der „Neuen Kriege“. Zu ihrer Eindämmung ist die internationale Bekämpfung der Kleinwaffenflut, des Drogen- und Menschenhandels sowie der Geldwäsche von zentraler Bedeutung. Die EU beschloss 1998 auf deutsche Initiative eine „Gemeinsame Aktion zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen“. Bisher trat die EU als treibende Kraft auf. Die erste UN-Kleinwaffenkonferenz im Juli 2001 in New York brachte allerdings nicht die notwendigen Fortschritte. Die G 8 als Zusammenschluss der größten Industriestaaten haben seit dem Berliner Außenministertreffen 1999 den illegalen Diamantenhandel auf ihrer Tagesordnung.

Notwendige nächste Schritte sind:

- Aufbau angemessener Analyse- und Frühwarnkapazitäten auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene. Das setzt eine bessere Personalausstattung des Auswärtigen Amtes wie eine Aufstockung der Fördermittel für Friedensforschung voraus.
- Förderung der Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen und Friedensarbeit durch Studien- und Ausbildungsgänge, Attraktivitätssteigerungen, Einsatzbegleitung und Wiedereingliederungshilfen.
- Um den deutschen Beitrag von bis zu 1.000 Beamten zu internationalen Polizeimissionen erfüllen durchhalten zu können, ist eine Personalaufstockung bei Bund und Ländern unumgänglich.
- Damit der Zivile Friedensdienst über die Graswurzelebene hinaus stärker regional wirksam werden kann, sollte in den nächsten vier Jahren das Potenzial an Friedensfachkräften von 100 auf 500 gesteigert werden. Das muss einhergehen mit einer schrittweisen Steigerung der Projektförderung (Größenordnung 50 Mio. €).
- Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung brauchen Öffentlichkeit und vor allem Freiwillige, sind aber medial besonders schwer vermittelbar. Umso wichtiger ist, sie mit professionellen Methoden bekannt und verständlich zu machen.
- In einem „Aktionsplan Krisenprävention“ sind die entsprechenden Aufgabenfelder und die dafür notwendigen Fähigkeiten (mit Planzielen) festzulegen.

Verglichen mit einer enorm kostspieligen militärfixierten Sicherheitspolitik sind die dafür notwendigen Friedensinvestitionen ausnehmend preisgünstig und erfolgversprechend.



Zwanzig Jahre wurde die Friedensinitiative Nottuln jung, Winni Nachtwei, langjähriges Mitglied, gratuliert.

Nationale Ebene

Der Bundessicherheitsrat beschloss im April 2000 ein „Gesamtkonzept Krisenprävention und Konfliktbeilegung“. Beim AA wurde die Stelle eines Krisenbeauftragten sowie ein Krisenzentrum für akute Krisenlagen eingerichtet.

Die Entwicklungszusammenarbeit orientierte sich vermehrt auf Friedensentwicklung (Förderung von Friedensursachen). Die Dimension der Krisenprävention wurde in mehrfacher Hinsicht gestärkt. Sie wurde einbezogen in Länderkonzepte und Schwerpunktstrategien (z.B. die Kaukasus-Initiative und das Zentralasien-Konzept des BMZ). Zur Konfliktsensibilisierung finden Qualifizierungskurse für Mitarbeiter verschiedener Bereiche statt.

Das BMZ fördert den Aufbau des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) in der Entwicklungszusammenarbeit durch Mitfinanzierung der Ausbildung „Zivile Konfliktbearbeitung“ und Unterstützung von inzwischen 38 Projekten in 32 Ländern. Der ZFD ist ein Gemeinschaftswerk von staatlichen und nichtstaatlichen Trägern.

Der ZFD soll

- Friedenspotenziale mit lokalen Partnern stärken,
- bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien und Religionsgruppen vermitteln,
- zu Versöhnung und Wiederaufbau beitragen.

Bis Anfang 2002 wurden 31 Mio. € für die mehrjährigen Einsätze von 121 Friedensfachkräften zur Verfügung gestellt.

Seit Sommer 1999 führt das AA Kurse durch, in denen zivile Experten auf ihre Arbeit in internationalen

wächst kontinuierlich. Um die Rekrutierung und Qualifizierung des Friedenspersonals zu verbessern, ihre Einsatzbegleitung und Nachbetreuung sowie die Auswertung von Friedenseinsätzen zu gewährleisten, wird im Sommer 2002 das „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“/ZIF in Berlin eröffnet.

Die Bundesrepublik leistet zu internationalen Polizeimissionen mit zurzeit ca. 550 BeamtInnen von Bundesgrenzschutz und Länderpolizeien auf dem Balkan einen quantitativ und qualitativ vorbildlichen Beitrag. Bei der internationalen Hilfe zum Aufbau der afghanischen Polizei hat die Bundesrepublik die Führungsverantwortung übernommen und dafür 10 Mio. € zur Verfügung gestellt. Angesichts des EU-Beschlusses, bis 2003 5.000 Polizisten für Friedensmissionen zur Verfügung stellen zu können, bereiten Bund und Länder sich auf die Bereitstellung und Qualifizierung des deutschen Anteils vor.

Seit 2000 fördert das AA mit einem um 10 Mio. € erhöhten Etatansatz umfassend Maßnahmen der Krisenprävention und des Peacebuilding der Vereinten Nationen (VN), ihren Regionalorganisationen und erstmals auch von Nichtregierungsorganisationen. Die Projekte reichen von Menschenrechtsschutz in Kolumbien über Integrationsprozesse mit der russischen Minderheit im Baltikum und der Förderung von interethnischen Dialogprozessen bis zu Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen.

Unter Federführung des Forschungsministeriums wurde im April 2001 die Deutsche Stiftung für Friedensforschung (DSF) mit Sitz in Osnabrück gegründet.

gen auf internationaler Ebene einhergingen. Zusammen mit den skandinavischen Ländern gehört die Bundesrepublik in Europa zu den treibenden Kräften und zu den verlässlichsten Stützen der Vereinten Nationen. Deren Organisationen und Programme finanzierte allein das Auswärtige Amt in 2001 mit mehr als 900 Mio. DM.

- Am 25. April 2002 beschloss der Bundestag Gesetze zu einem Völkerstrafgesetzbuch und zur Zusammenarbeit mit dem neuen Internationalen Strafgerichtshof, der am 1. Juli 2002 seine Arbeit aufnimmt.
- Die OSZE beschloss im Juni 2000 das REACT-Programm (Rapid Expert Assistance and Cooperation Teams) zur kurzfristigen Mobilisierung von zivilen Fachleuten für OSZE-Missionen.
- Der EU-Gipfel von Helsinki beschloss Ende 1999, im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einen Mechanismus nichtmilitärischer Krisenbewältigung aufzubauen. Die vielen bestehenden Instrumente zur nichtmilitärischen Krisenbewältigung werden effektiver eingesetzt.

Planziele wurden beschlossen für internationale nichtmilitärische Polizeieinsätze, zur Bereitstellung von Fachpersonal, zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, der Zivilverwaltung und des Katastrophenschutzes. In dem EU-Programm „zur Verhinderung gewaltsamer Konflikte“ erhalten Krisenfrüherkennung und gemeinsame Übungen von Friedenseinsätzen einen besonderen Stellenwert. Beim Stabilitätspakt und in der Mazedonienkrise werden die neuen Fähigkeiten eingesetzt.